



# Hermann Winkler

Mitglied des Europäischen Parlaments

## EUROPABRIEF

Mehr Sachsen in Europa



Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Europäischen Parlament

Europabüros • Leipzig • Dresden • Bautzen • Zittau

Nr. 3 – November 2011



Liebe Leserinnen und Leser,

mit seinem jüngsten Urteil hat das Bundesverfassungsgericht die Fünf-Prozent-Klausel bei den deutschen Wahlen zum Europäischen Parlament für nichtig erklärt. Ich vermisse bei dem Richterspruch die Balance zwischen juristischen und politischen Abwägungen. Bereits heute sind die Entscheidungswege auf europäischer Ebene deutlich zu lang. Mit weiteren Kleinparteien könnten die Diskussionen an den Rand des Uferlosen geraten, die EU erscheint ihren Bürgern dann noch schwerfälliger und bürokratischer. Hinzu kommt, dass damit die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments noch mehr zu Lasten der größeren Länder geht. Die 82 Mio. Deutschen, Europas größtes Volk, sind dramatisch unterrepräsentiert. Deutschland stellt 99 Abgeordnete, ein Sitz steht für 830 000 Einwohner. Im Vergleich dazu ist das bevölkerungsärmste Land der EU Malta mit fünf Sitzen gut repräsentiert, denn jeder maltesische Abgeordnete vertritt nur 83 000 Einwohner.

Mit „Bürokratie“ und unsinnigen Bestimmungen bringen aktuell 40% der Deutschen die Europäische Union in Verbindung. Es stellt sich mir die Frage, was und wie viel Europa eigentlich regeln muss? - Das „bürokratische Monster EU“ ist Thema meines Standpunktes.

Neuigkeiten gibt es auch in der Regionalpolitik, die Kommission hat ihre Verordnungsvorschläge für die neue Förderperiode 2014-2020 vorgestellt. Gerade für Sachsen sind die Förderquellen der Europäischen Union von großer Bedeutung. Lesen Sie dazu mehr in „Europa aktuell“.

Es grüßt Sie herzlich aus Brüssel

Ihr

### Inhalt

#### 1 Europa aktuell

Die neue Förderperiode der EU-Strukturpolitik  
Europa verbinden -  
Chancen für ein neues  
Infrastrukturnetzwerk

#### 2 Standpunkt

Regulierung mit Augenmaß-So viel  
wie nötig, aber so wenig wie  
möglich

#### 3 Sachsen & Europa

### Impressum

Hermann Winkler  
Mitglied des Europäischen  
Parlaments

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60  
ASP 15 E 153  
B-1047 Brüssel

Telefon: +32 228 37306

Fax: +32 228 49306

E-Mail:

stefanie.huebner@europarl.europa.eu

Bildnachweis: PHOTO © European Union

Besuchen Sie meine Homepage: [www.hermann-winkler.eu](http://www.hermann-winkler.eu)

### Die Woche im Europäischen Parlament

#### Die neue Förderperiode der EU-Strukturpolitik

Im Ausschuss für regionale Entwicklung beginnen die Gesetzgebungsarbeiten zur neuen Förderperiode 2014-2020. Nachdem die EU-Kommission Anfang Oktober 2011 den ersten Aufschlag mit den Verordnungsvorschlägen gemacht hatte, liegt der Ball nun im Feld des Ministerrates und des Europäischen Parlaments. In den nächsten zwei Jahren gilt es nun, eine Einigung über die Ausgestaltung der einzelnen Fonds zu erzielen.

Für Sachsen hängt einiges an dem Ausgang der Verhandlungen. Aktuell profitiert der Freistaat mit 4 Mrd. Euro von der EU-Regionalförderung. Aufgrund der vergleichsweise guten wirtschaftlichen Entwicklung wird Sachsen allerdings ab 2014 komplett aus der Höchstförderung ausscheiden. Wir müssen also sicherstellen, dass angemessene und gerechte Übergangsregelungen geschaffen werden, um bereits vorhandene Erfolge zu sichern.

Die EU-Kommission hat aus diesem Grund eine neue Kategorie für Übergangsregionen vorgeschlagen, von der alle sächsischen Regionen profitieren könnten, solange ihr BIP pro Kopf unter 90 Prozent bleiben wird. Konkret würde das heißen: Je höher das BIP, desto weniger Förderung gibt es. Weniger als in Ziel 1, aber immer noch mehr als in Ziel 2. Regionen, die zusätzlich in ein neu zu schaffendes Sicherheitsnetz fallen würden, behielten auf jeden Fall 2/3 ihrer aktuellen Förderung.

Zusätzlich will die EU-Kommission die Zahlung der Gelder an viele Bedingungen knüpfen, z.B. das Vorhandensein von Risikoanalysen oder das Erreichen konkreter Zielvorgaben. Diese Bedingungen drohen aber den Verwaltungsaufwand vor Ort weiter zu erhöhen. Hier ist Augenmaß gefordert: Keiner soll Gelder verschwenden können, aber doppelte und dreifache Berichtspflichten sind ebenso wenig hilfreich.

#### Europa verbinden - Chancen für ein neues Infrastrukturnetzwerk

Die EU-Kommission will die Lücken in den europäischen Verkehrs- und Energietrassen und digitalen Netzen schließen und mit 50 Mrd. Euro zwischen 2014 - 2020 andere öffentliche und vor allem private Quellen zu Investitionen in Infrastrukturprojekte in vielfacher Höhe ermutigen.

So sollen 31,7 Mrd. EUR in die Modernisierung der europäischen Verkehrsinfrastruktur, die Schaffung fehlender Verkehrsverbindungen und die Beseitigung von Engpässen investiert werden. Davon sind 10 Mrd. EUR im Rahmen des Kohäsionsfonds für Verkehrsprojekte in den sogenannten Kohäsionsländern vorgesehen. Die restlichen 21,7 Mrd. EUR stehen allen Mitgliedstaaten für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung.

Der Energiebinnenmarkt soll sich ebenfalls durch eine bessere Vernetzung weiterentwickeln, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen und einen kosteneffizienteren Transport von Energie durch die EU zu ermöglichen.



Die Strukturfonds sollen helfen, Unterschiede zwischen ärmeren und reicheren Regionen innerhalb der EU auszugleichen. Europaweit stehen von 2007 bis 2013 dafür rund 348 Mrd. Euro bereit. Weitere Infos zu den EU-Programmen unter: [www.strukturfonds.sachsen.de](http://www.strukturfonds.sachsen.de)



#### Das europäische Austauschprogramm für Unternehmer

Das grenzüberschreitende Austauschprogramm **Erasmus für Jungunternehmer** unterstützt angehende europäische Unternehmer beim Erwerb der nötigen Fähigkeiten, um ein kleines Unternehmen in Europa zu gründen bzw. erfolgreich zu leiten. Jungunternehmer haben die Möglichkeit, während eines ein- bis sechsmonatigen Aufenthaltes mit einem erfahrenen Unternehmer Wissen und Geschäftsideen zu erwerben und auszutauschen. Das Programm bietet die Chance für europaweite Kooperationsmöglichkeiten, neue Geschäftsbeziehungen und einen erleichterten Zugang zu ausländischen Märkten. Die Reise- und Aufenthaltskosten werden von der Europäischen Kommission bezuschusst.

Weitere Informationen zu dem Programm und den lokalen Kontaktstellen: <http://www.erasmus-entrepreneurs.eu>



### Regulierung mit Augenmaß - So viel wie nötig, aber so wenig wie möglich

"Brüsseler Bürokratiedschungel", Europa ist ein unübersichtlicher Moloch und die Europäische Union regelt zu viel - Ausdrücke, die ich oft zu hören bekomme.

In der Tat ist nicht immer nachvollziehbar, was die EU regelt und vor allem warum.

Bestes Beispiel ist der im Dezember erwartete Kommissionsentwurf zur Modernisierung des öffentlichen Auftragswesens. Das Europäische Parlament hat dazu vorab einen Forderungskatalog mit deutlichen Vorgaben an die Kommission verabschiedet.

Das Thema *Vergaberecht* ist essentiell für unsere Betriebe in Sachsen. Deshalb begrüße ich das erklärte Ziel der Kommission, das öffentliche Auftragswesen zu vereinfachen und kleineren Unternehmen die Teilnahme an Ausschreibungen zu erleichtern. So fordert das Europaparlament von der Kommission, dass Originaldokumente erst vorgelegt werden müssen, wenn ein Unternehmen in die engere Auswahl gekommen ist. Mehr Transparenz für Auftraggeber und Bieter erhoffen sich die Europaparlamentarier davon, dass die Website "Tenders Electronic Daily" (TED) durch eine verbesserte Benutzerfreundlichkeit zugänglicher gemacht wird - beispielsweise mit einem Warndienst, der über neu eingehende Ausschreibungen informiert.

Dennoch laufen wir Gefahr, wieder über das Ziel hinaus zu schießen. Es gibt Überlegungen, zusätzlich zum Auftragsgegenstand auch bei der Auftragsausführung soziale und ökologische Kriterien vorzuschreiben. In meiner Stimmklärung habe ich vor der Überfrachtung des EU-Vergaberechts mit allgemeinen Kriterien aus dem Umwelt- und Sozialbereich gewarnt. Die Ausweitung der Vergabekriterien würde nicht zuletzt den Nachweis- und Dokumentationsaufwand bei der Beteiligung an Ausschreibungen erhöhen. Für kleine und mittelständische Unternehmen wären damit unnötige Mehrbelastungen verbunden. Gutmenschen haben bei der Vergabe von Aufträgen keinen Platz - Das wirtschaftlichste Angebot sollte das Rennen machen und nicht das billigste oder das politisch korrekteste!

Doch in Europa gibt es Aufgaben und Herausforderungen, die einen grenzübergreifenden Charakter haben und denen es einer europaweiten Lösung bedarf.

Ein vorbildliches Beispiel für eine angemessene "Einmischung" der EU ist die *Richtlinie zur Bekämpfung sexueller Missbrauchs und der Ausbeutung von Kindern und Kinderpornografie*. Das Europäische Parlament geht europaweit mit einem härteren Strafenkatalog gegen Kinderschänder und Kinderpornografie im Internet vor. So werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, Internetseiten mit kinderpornografischem Inhalt umgehend zu löschen. Ist eine Entfernung nicht möglich, können diese Webseiten in ihrem Hoheitsgebiet gesperrt werden. Außerdem schlägt die Richtlinie Mindeststrafen für 20 Tatbestände sowie EU-weite Bestimmungen zur Prävention, Strafverfolgung von Tätern und zum Opferschutz vor. Kinder in die Prostitution oder zu sexuellen Handlungen zu zwingen, wird beispielsweise mit mindestens 10 Jahren Gefängnis bestraft. Produzenten von Kinderpornografie erwarten eine Gefängnisstrafe von mindestens drei Jahren und die Betrachtung kinderpornografischer Materialien im Internet wird mit mindestens einem Jahr bestraft. Die Richtlinie wurde bereits vom Ministerrat offiziell angenommen und muss nun innerhalb von zwei Jahren von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden - ein innovatives Rechtsinstrument und ein weiterer Schritt zum besseren Schutz unserer Kinder.

Die Richtlinie zum Kindesmissbrauch schafft gemeinsame Regelungen und Stabilität über Grenzen hinweg und sorgt für gleichmäßigen Fortschritt in Europa. Gemeinsame Regelungen schaffen auch Rechtssicherheit für uns Bürger als Verbraucher und für Unternehmen. Die Kriterien bei der Modernisierung des Vergaberechts zeigen allerdings auch, dass jede neue Regulierung auch mehr Bürokratie bedeutet. Ich plädiere für das rechte Maß: Lösungen mit einem Blick für das, was wirklich notwendig ist in einem gemeinsamen Europa. Das heißt, so viel wie nötig, aber so wenig wie möglich!

Brüssel muss nicht alles regeln, was in Europa passiert. Die EU muss aber dann für europaweite Lösungsansätze sorgen, wenn Herausforderungen nicht mehr an nationalen Grenzen Halt machen, wie in den Bereichen Energiepolitik, Binnenmarkt, Umweltschutz, Währungsunion und Außenpolitik.



„Ich plädiere für Lösungen mit einem Blick für das, was wirklich notwendig ist in einem gemeinsamen Europa. Das heißt, so viel wie nötig, aber so wenig wie möglich!“



### Christine Doerr wird in Brüssel mit der Europamedaille geehrt

Im Rahmen des Besuchs einer Delegation des CDU-Kreisverbandes Dresden in Brüssel hat Hermann Winkler die Europamedaille der Fraktion der Europäischen Volkspartei an Frau Christine Doerr überreicht. Mit der Auszeichnung wird die Unternehmerin der Dr. Doerr Feinkost GmbH & Co. KG für ihr langjähriges Engagement in der europäischen und internationalen Zusammenarbeit, vor allem im Bereich der mittelständischen Wirtschaft, gewürdigt.



### Europäische Kirmes im Dreiländereck



Am 01. Oktober 2011 jährte sich zum zehnten Mal die Europäische Kirmes im Dreiländereck. Unweit der heutigen deutschen Grenze wurde in den Grenzdörfern Kopaczów (PL) und Oldřichov na Hranicích (CZ) an die wechselvolle Geschichte des ehemals Ullersdorf genannten Dorfes erinnert. Nach einem gemeinsamen Mittagessen und dem traditionellen Gedenkumzug pflanzte Hermann Winkler einen Gingko neben das zum Gedenkstein umgewidmete ehemalige Kriegerdenkmal. Bei seinem Besuch der Kirmes konnte sich der Europaabgeordnete davon überzeugen, wie die Organisatoren Dr. Dietmar Brendler und Dr. Volker Beer mit viel Engagement zum Zusammenwachsen des "Kleinen Dreiecks" zwischen Polen, Tschechien und Deutschland beitragen.



Nach der Wiedervereinigung wurden dem Freistaat zahlreiche Umweltsünden hinterlassen – veraltete Industriestandorte, alte und ungeordnete Mülldeponien und ein marodes Tankstellennetz. Bis heute sind von den notwendigen Altlastensanierungen etwa zwei Drittel geschafft. Mit Hilfe von 140 Millionen Euro europäischer Fördermittel konnten 650 Altdeponien geschlossen werden. Podiumsteilnehmer und Europaabgeordneter Hermann Winkler sicherte Unterstützung zu, damit auch nach 2013 europäische Fördermittel für die Bodensanierung in Sachsen zur Verfügung stehen.

### EU-Umweltkommissar Potočník und Sachsens Umweltminister Kupfer bei gemeinsamer Fachtagung in Brüssel



Die Altlastensanierung in Sachsen ist Vorbild für andere europäische Staaten. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung des Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft mit der EU-Kommission und dem Sachsen-Verbindungsbüro in Brüssel informierte sich EU-Umweltkommissar Janez Potočník (rechts im Bild) über die Erfahrungen und Erfolge bei der Bodensanierung in Sachsen. Experten diskutierten zum Thema „Sanierung kontaminierter Standorte – Schlüssel für ein effizientes Flächenmanagement in der EU“.



Nach der Wiedervereinigung wurden dem Freistaat zahlreiche Umweltsünden hinterlassen – veraltete Industriestandorte, alte und ungeordnete Mülldeponien und ein marodes Tankstellennetz. Bis heute sind von den notwendigen Altlastensanierungen etwa zwei Drittel geschafft. Mit Hilfe von 140 Millionen Euro europäischer Fördermittel konnten 650 Altdeponien geschlossen werden. Podiumsteilnehmer und Europaabgeordneter Hermann Winkler sicherte Unterstützung zu, damit auch nach 2013 europäische Fördermittel für die Bodensanierung in Sachsen zur Verfügung stehen.



Podiumsteilnehmer und Europaabgeordneter Hermann Winkler sicherte Unterstützung zu, damit auch nach 2013 europäische Fördermittel für die Bodensanierung in Sachsen zur Verfügung stehen.

Leiter des Sachsen Verbindungsbüros Wolf-Eberhard Kuhl, Sachsens Umweltminister Frank Kupfer und Europaabgeordneter Hermann Winkler im Gespräch (v.l.n.r.)

### Wussten Sie schon...? Das „Europäische Kulturerbe-Siegel“

Eine starke Auszeichnung für Europas Kulturerbe: Ab 2013 soll es mit dem **"Europäischen Kulturerbe-Siegel"** eine Auszeichnung für Orte geben, die als Symbol für die europäische Einigung, europäische Ideale und die europäische Geschichte stehen. Durch das Siegel sollen Stätten, wie Denkmäler, Kulturlandschaften, Gedenkstätten oder Industrieanlagen besser bekannt und aufgewertet werden. Die Europäische Kommission erwartet, dass eine Auszeichnung nicht nur den interkulturellen Dialog anregen, sondern auch den Kulturtourismus fördern wird.



Weitere Informationen: [http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/label/european-heritage-label\\_de.htm](http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/label/european-heritage-label_de.htm)